

ZBB 2005, 205

AktG § 57 Abs. 1, §§ 71 ff; BGB §§ 31, 826

Keine Beschränkung der Haftung einer AG aus § 826 BGB für Falschmitteilungen des Vorstands durch Kapitalerhaltungsgrundsätze („Comroad“)

OLG München, Urt. v. 20.04.2005 – 7 U 5303/04, ZIP 2005, 901

Leitsatz:

Eine Aktiengesellschaft kann sich ihren Aktionären gegenüber, die sie wegen sittenwidriger vorsätzlicher Schädigung aufgrund falscher unrichtiger Darstellung ihrer Verhältnisse und Mitteilung unzutreffender kursbeeinflussender Tatsachen durch ein Mitglied ihres Vorstandes auf Ersatz der Anschaffungskosten ihrer Aktien Zug um Zug gegen Rückgabe dieser Aktien in Anspruch nehmen, auch dann nicht auf das Verbot der Einlagenrückgewähr nach § 57 Abs. 1 AktG und das Verbot des Erwerbs eigener Aktien nach §§ 71 ff AktG berufen, wenn die Aktionäre ihre Aktien außerhalb einer Erstausgabe oder Börsenzulassung erworben haben.